

Zweckverband zahlt 770 000 an Doberan

Im Rechtsstreit mit der Stadt Bad Doberan, die rund sieben Millionen Euro vom ZVK für Erschließungsarbeiten auf dem Kammerhof gefordert hatte, stimmte die Verbandversammlung einem gerichtlichen Vergleich zu.

(OZ) -

Bad Doberan — Nach jahrelangem Rechtsstreit und mit deutlichem Zähneknirschen stimmte die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Kühlung“ (ZVK) jetzt einem gerichtlichen Vergleich mit der Stadt Bad Doberan zu. Danach zahlt der ZVK — Wasserver- und Abwasserentsorger für 30 Kommunen im Landkreis Bad Doberan — 770 000 Euro an die Münsterstadt, die ebenfalls Mitglied des Verbandes ist.

Ursprünglich hatte Bad Doberan 5,75 Millionen Euro plus Zinsen (bis heute insgesamt rund sieben Millionen Euro) vom ZVK gefordert — für Erschließungsarbeiten auf dem Wohngebiet „Kammerhof“.

1991 — vor nunmehr 20 Jahren — hatte das damals 13 000 Einwohner zählende Bad Doberan mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Kammerhof begonnen. Das überaus ehrgeizige Ziel, dass die damalige Stadtvertretung beschlossen hatte: Es sollten 1500 Wohnungen für 6000 neue Einwohner der Stadt geschaffen werden.

Die Bebauung ab 1994 und die Vermarktung schritten nicht wie geplant voran. Das Projekt scheiterte, die eigens gegründete Gesellschaft mit städtischem Anteil ging pleite, das „Kammerhof-Desaster“, wie es später nur noch hieß, hinterließ ein Millionenloch in den kommunalen Finanzen.

Die Stadt hatte unter anderem die Verlegung der Versorgungleitungen für Wasser und Abwasser finanziert — Anlagen, die der Zweckverband später übernehmen sollte oder wollte. Genau hier beginnt der Streit, der jahrelang Anwälte und Richter beschäftigte: Es gibt offenbar keinen gerichtsfesten Vertrag über die geplante Übernahme dieser Anlagen, weshalb sich der Zweckverband nach dem Scheitern des Projektes gegen die Forderung der Stadt wehren konnte.

Die ZVK-Verbandsversammlung am Mittwochabend zeigte dann auch noch einmal alles Für und Wider des Verfahrens. Der Anwalt des Verbandes, Turgut Pencereci, stellte deutlich die Risiken heraus, die der ZVK eingehen würde, wenn man dem Vergleich nicht zustimmen würde: Der weitere Rechtsstreit würde über Verwaltungsgericht, Oberverwaltungsgericht bis hin zum Bundesverwaltungsgericht geführt, und könne Jahre dauern — ohne, dass der Ausgang gewiss sei. Zu kompliziert sei der Fall, absolut unvorhersehbar das Urteil. „Ich rate dringend zur Annahme des Vergleichs“, riet Pencereci. Denn am Ende könnte das möglicherweise den Verband zur Zahlung der vollen sieben Millionen verurteilen.

Bürgermeister Klaus Schoppmeyer (Retschow) hielt dagegen: „Sieben Millionen sind ein großes Übel, 770 000 das kleinere. Aber ein Übel bleibt es.“ Steffen Marklein (Bröbberow) sagte es noch deutlicher: „In einem Gerichtsverfahren muss am Ende Recht gesprochen werden. Das erwarten wir.“ Schließlich stimmte die Verbandsversammlung mit 41 zu 13 Stimmen dem Vergleich zu, der Verband will jetzt zahlen. Immerhin: Laut Verbandsgeschäftsführer Klaus Rhode wird die Zahlung nicht zu Gebührenerhöhungen für die Bürger führen.

Klaus Walter

- [Das könnte Sie auch interessieren](#)

Artikel: [Usedom hat langsamstes Internet in MV](#)

Artikel: [Deutsche Bank verweigert Kundin ihr Geld](#)

Dieser Beitrag wurde bisher 193 mal aufgerufen - zuletzt am 14.01.2011 um 09:33.